

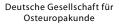


Nr. 318 | 04.07.2025

Ukraine-Analysen

Hochschulbildung im Krieg

ANALYSE Von der Revolution zur Resilienz: Die Transformation des ukrainischen Hochschulsektors in Zeiten von Krise und Krieg 2 Eduard Klein (Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen) ANALYSE Wissenschaftsfreiheit und Herausforderungen ukrainischer Wissenschaftler:innen in Kriegszeiten 7 Iuliia Iashchenko (Universität La Sapienza, Rom), Julia Mierau (SCIENCE AT RISK Emergency Office, Berlin) ANALYSE Von Burnout bis Breakdown: Zur psychischen Gesundheit ukrainischer Wissenschaftler:innen in Kriegszeiten 14 Natalia Tsybuliak (Staatliche Pädagogische Universität Berdjansk; Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS), Berlin), Yana Suchikova (Staatliche Pädagogische Universität Berdjansk) Beschädigte und zerstörte Universitäten 22 **CHRONIK** Hinweis auf die Online-Chronik 23



Deutsches Polen-Institut Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS) gGmbH













Von der Revolution zur Resilienz: Die Transformation des ukrainischen Hochschulsektors in Zeiten von Krise und Krieg

Eduard Klein (Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen)

DOI: 10.31205/UA.318.01

Zusammenfassung

Das Hochschulsystem der Ukraine hat seit der Unabhängigkeit 1991 tiefgreifende Reformen durchlaufen, insbesondere nach der Revolution der Würde 2014. Die Fortschritte nach 2014 wurden jedoch zunächst durch die COVID-19-Pandemie ab 2020 und anschließend durch Russlands Vollinvasion ab 2022 stark beeinträchtigt. Unter diesen schwierigen Bedingungen zeigte der ukrainische Hochschulsektor jedoch bemerkenswerte Resilienz, Anpassungsfähigkeit und die Fähigkeit, sich trotz – oder gerade wegen – dieser großen Herausforderungen weiterzuentwickeln.

Einleitung

Seit der Unabhängigkeit der Ukraine im Jahr 1991 befindet sich das Hochschulsystem in einem kontinuierlichen Reformprozess. In den 1990er Jahren wurde Hochschulbildung als zentral für den Aufbau von Staat und Nation angesehen und die Reformen in dieser Zeit zielten darauf ab, das Bildungssystem zu »entsowjetisieren«. Aufgrund der schweren Wirtschaftskrise in den 1990ern und chronischer Unterfinanzierung blieben die Ergebnisse jedoch begrenzt, und das ukrainische Hochschulsystem war noch lange geprägt vom sowjetischen Erbe, zum Beispiel stark zentralisierter Steuerung, Bürokratisierung und enger finanzieller Kontrolle.

In den 2000er Jahren ermöglichten die verbesserten wirtschaftlichen Bedingungen und der hochschulpolitische Europäisierungskurs weitere Reformen: So trat die Ukraine 2005 dem Bologna-Prozess bei, führte 2009 das Bachelor/Master-System ein und reformierte 2008 das stark korrupte Hochschulzugangssystem. Bis 2014 war die Bildungspolitik jedoch stark politisiert zwischen pro-europäischen und pro-russischen Polen, was zu einem inkonsistenten Reformkurs führte. Erst nach den Maidan-Protesten und der Revolution der Würde 2014, als der pro-russische Einfluss zurückging, setzte ein stärker kohärenter Reformprozess im Rahmen einer breiteren Modernisierungs- und Reformagenda ein.

Dieser Reformkurs wurde ab 2020 erheblich durch die COVID-19-Pandemie beeinträchtigt. Unmittelbar auf die Pandemie folgte dann am 24. Februar 2022 die großangelegte Invasion Russlands in die Ukraine – mit verheerenden Folgen für den Hochschulsektor. Doch trotz alldem hat das ukrainische Hochschulsystem enorme Widerstandskraft gezeigt. Der Beitrag analysiert zentrale Entwicklungen und den aktuellen Zustand des ukrainischen Hochschulsystems vor dem Hintergrund dieser fundamentalen Herausforderungen.

Vom Maidan in den Hörsaal: Reformen nach der Revolution der Würde

Unter der autokratischen Herrschaft von Wiktor Janukowytsch und dem unpopulären Bildungsminister Dmytro Tabatschnyk (2010–2014) erlebte der ukrainische Hochschulsektor eine Phase der Stagnation und gar der Regression. Es war daher wenig überraschend, dass die Studierendenschaft immer wieder gegen Tabatschnyks Bildungspläne protestiert hatte und das auch im Zuge der Euromaidan-Proteste tat (zum Beispiel durch die Besetzung des Bildungsministeriums im Februar 2014).

Die »Revolution der Würde« und das Ende des Janukowytsch-Regimes eröffneten ein Gelegenheitsfenster für grundlegende Hochschulreformen. Dies wurde vom neuen Bildungsminister Serhij Kwit (2014–2016) und seiner Nachfolgerin Lilija Hrynewytsch (2016–2019) genutzt, die einen klaren Reformkurs einschlugen der geprägt war mit dem Ziel, europäischen Standards in der Hochschulbildung näherzukommen.

2014 wurde – nach jahrelangen erfolglosen Versuchen – ein neues, recht progressives Hochschulgesetz verabschiedet. Es orientierte sich an westlichen Modellen universitärer (Selbst-)Verwaltung, verschränkte Forschung und Lehre stärker miteinander (die in der Ukraine seit Sowjetzeiten weitestgehend getrennt voneinander waren), verbesserte die Qualitätssicherung (z. B. durch kompetenzbasierte Lerninhalte und eine neue Nationale Qualitätssicherungsagentur), förderte die Internationalisierung und Europäisierung (z. B. durch die Nostrifikation, also die Anerkennung ausländischer Abschlüsse) und stärkte die Autonomie der Hochschulen gegenüber dem Bildungsministerium.

Die weitere Umsetzung von Reglungen im Rahmen des Bologna-Prozesses konsolidierte das dreistufige System (Bachelor, Master, PhD) und führte das ECTS-Credit-System sowie das Diploma Supplement für internationale Mobilität ein. 2016 verabschiedete die Ukraine ein Gesetz zur wissenschaftlichen und wissenschaftlichtechnologischen Tätigkeit und trat auch dem EU-Forschungsförderprogramm »Horizon 2020« bei, wodurch sich neue Finanzierungsmöglichkeiten für Projekte mit europäischen Partnerinstitutionen ergaben. Auch das Promotionswesen wurde reformiert und neue rechtliche Rahmenbedingungen geschaffen, zum Beispiel, um stärker gegen Plagiate bei Dissertationen vorzugehen.

Verglichen mit der Zeit vor 2014 war diese Phase geprägt von einer klar positiven Dynamik und brachte reale Verbesserungen. Dennoch muss konstatiert werden, dass zahlreiche Herausforderungen bestehen blieben und auch nicht jede Reform erfolgreich war. So hatte zum Beispiel die Wiedereinführung von Rektor:innenwahlen unerwünschte Nebenwirkungen und stärkte das informelle »Rektoren-Feudalsystem«, anstatt verkrustete Machtstrukturen zu überwinden. Ab Anfang 2020 wurde der Reformprozess infolge der Corona-Pandemie erneut in den Hintergrund gedrängt.

Von der Pandemie-Notlage zum Innovationsfaktor: Wie COVID-19 die Hochschulen digitalisierte

Der Ausbruch der COVID-19-Pandemie Anfang 2020 versetzte das ukrainische Hochschulsystem in einen Notfallmodus: Strikte Ausgangssperren, Lockdowns und andere Quarantänemaßnahmen führten zur Schließung der Universitäten für längere Zeit. Die große Mehrheit der Studierenden und Lehrenden war nicht an Online- oder Hybridformate gewöhnt, die oftmals improvisiert und kurzfristig entwickelt werden mussten. Besonders in ländlichen Regionen war oft der Internetzugang unzuverlässig und kostspielige Technik für Onlineunterricht war ebenfalls kaum vorhanden, was bestehende soziale und regionale Ungleichheiten zwischen urbanen Zentren und ländlichen Räumen noch verschärfte.

Internationale Kooperationen litten unter Reisebeschränkungen. Forschung sowie praxisnahe Lehre im Labor – zum Beispiel für Studierende der Medizin – waren nur eingeschränkt oder gar nicht möglich. All diese und weitere Herausforderungen führten zu spürbaren Qualitätseinbußen im Bildungsbetrieb. Während es nach Kenntnis des Autors keine repräsentativen Studien zu pandemiebedingten Lernrückständen bei Studierenden gibt, zeigen Daten aus der PISA-Studie von 2022, dass ukrainische Schüler:innen in der Sekundarstufe etwa im Bereich Lesen pandemiebedingt rund zwei Schuljahre Lernzeit verloren haben.

Mit der Zeit passten sich die Hochschulen jedoch zunehmend an die neuen Bedingungen an. Im Zuge der zunächst eher chaotisch verlaufenden Digitalisierung wurden neue Formate, Methoden und Tools entwickelt, die für einen wichtigen Digitalisierungsschub sorgten, der sich später als überlebenswichtig erwies, um den Bildungsprozess nach Beginn der russischen Vollinvasion überhaupt aufrechterhalten zu können.

Doch bevor näher auf die Auswirkungen des Krieges eingegangen wird, erfolgt zunächst noch ein Blick auf eine weitere tiefgreifende Veränderung, die während der Corona-Pandemie erfolgte: die Reform der Hochschulfinanzierung.

Von Input zu Output: Neues Finanzierungsmodell modernisiert sowjetische Praxis der Hochschulfinanzierung

Staatliche Hochschulen in der Ukraine wurden auch nach 1991 weiterhin nach einem »sowjetischen« Modell, dem sogenannten Staatsauftrag, finanziert: Das Bildungsministerium prognostizierte zentral den Arbeitsmarktbedarf für verschiedene Berufe und verteilte Mittel für Studienplätze an die Hochschulen, damit diese entsprechende akademische Fachkräfte ausbilden konnten. Zusätzlich konnten die Universitäten über Studiengebühren (signifikante) Einnahmen generieren. Doch dieses inputbasierte Modell - in dem »der Student dem Geld folgt« – galt zunehmend als veraltet. Intransparenz, mangelhafte Kontrolle und fehlende Rechenschaftspflichten führten zu einer ineffizienten Verteilung der Mittel. Hinzu kam, das Gelder zum Teil auch nach politisch motivierten Entscheidungen vergeben wurden, was die Kritik noch verschärfte.

Ein weiterer Aspekt war der stetige Rückgang der Studierendenzahlen – ein Trend, der bereits um 2010 einsetzte (siehe Grafik 1 auf S. 7) und sich zunehmend verstärkte vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und der kriegsbedingten Migration. Um Einbußen bei der Finanzierung zu vermeiden, ließen viele Hochschulen ihre Studierenden selbst bei schlechten Prüfungsleistungen bestehen, nur um ihre Quoten für den »Staatsauftrag« zu erfüllen.

Die Diskussion über eine Reform des Finanzierungssystems begann bereits nach dem Maidan 2014, doch erst 2020/2021 wurde ein neues Finanzierungsmodell mit einer leistungsbasierten Komponente eingeführt. Es orientiert sich dabei an Finanzierungssystemen innerhalb der EU und wurde mit Unterstützung der Weltbank umgesetzt.

Das neue System sieht vor, dass staatliche Hochschulen 80 % ihres Budgets aus dem Vorjahr als fixe Summe erhalten, während die verbleibenden 20 % auf Basis von sechs Indikatoren leistungsbasiert vergeben werden. Diese sind: Beschäftigungsquote der Absolvent:innen, internationale Anerkennung (z. B. in Rankings) sowie Forschungsergebnisse. Zusätzlich werden drei weitere Indikatoren berücksichtigt: die Größe der Hochschule, die Studierendenzahl sowie ein regionaler Ausgleichs-

faktor, um geografische Ungleichheiten abzubilden. Auf diese Weise versucht die Ukraine, unter Berücksichtigung lokaler Besonderheiten, stärkere Anreize für eine bessere Bildungsqualität zu setzen.

Der neue Finanzierungsmechanismus führte zu mehr Transparenz, Wettbewerbsfähigkeit und Rechenschaftspflicht bei der Hochschulfinanzierung. Als Ergebnis konnten im ersten Jahr 17 leistungsstarke Universitäten ihre Mittel steigern, während 54 leistungsschwache Einrichtungen Kürzungen hinnehmen mussten.

Der ursprüngliche Plan, dieses Modell noch weiter auszuweiten, wurde mit der russischen Vollinvasion 2022 gestoppt. Im Gegenteil setzte die Regierung die leistungsbezogene Finanzierung vorübergehend aus, um angesichts der großen Unsicherheit finanzielle Stabilität zu gewährleisten. Im April 2024 kündigte das Bildungsministerium an, die leistungsbezogene Komponente trotz des andauernden Kriegs wieder einführen zu wollen, aber die Indikatoren an die Kriegsrealitäten anzupassen.

Von der Invasion zur Resilienz: Der Kampf um den Erhalt der Hochschulbildung

Schon vor der russischen Vollinvasion im Jahr 2022 hatte das ukrainische Hochschulwesen mit den Folgen der russischen Annexion der Krim 2014 und der Besetzung von Teilen der Regionen Luhansk und Donezk zu kämpfen, die jedoch eher lokal begrenzt waren. Das enorme Ausmaß der Zerstörung und die Folgen für den gesamten Hochschulsektor sind nach dem flächendeckenden Angriff 2022 deutlich gravierender. Anders als 2014, als nur einige Universitäten umgesiedelt werden mussten, sind seit 2022 praktisch alle Hochschulen betroffen - entweder direkt durch Beschädigung, Zerstörung, Besetzung, Mobilisierung, Vertreibung oder indirekt durch ständige Luftalarme, Flucht von Studierenden und Lehrenden sowie psychische Belastungen durch Trauma, Verlust und Unsicherheit (zum Thema der psychischen Folgen, siehe Tsybuliak und Suchikova in dieser Ausgabe).

Das Ausmaß der Schäden ist erschütternd. Laut der Kyiv School of Economics waren bis November 2024 von 386 Hochschulen im Land 97 beschädigt und drei vollständig zerstört. Der Wiederaufbau wird eine gewaltige Herausforderung: Die Weltbank schätzt den Bedarf für die Sanierung und den Wiederaufbau der Hochschulinfrastruktur zwischen 2025 und 2035 auf etwa 3 Milliarden US-Dollar, hinzu kommen weitere 1,5 Milliarden US-Dollar für die Forschungsinfrastruktur. Gleichzeitig schrumpft das staatliche Bildungsbudget – vor allem wegen der stark gestiegenen Ausgaben für Verteidigung und Sicherheit: Machten die Bildungsausgaben 2021 noch 17 % des Haushalts aus, waren es 2024 nur noch 7 %.

Trotz dieser enormen Krise hat das Hochschulsystem eine erstaunliche Widerstandskraft bewiesen. Unterstützung kam dabei oft aus dem Ausland: über 30 Staaten und 80 internationale Organisationen, darunter UNICEF und die Weltbank, stellten hunderte Millionen US-Dollar bereit, um das System am Leben zu erhalten.

Als besonders schwierig gilt die Lage in den von Russland besetzten Gebieten, die etwa 18 % des ukrainischen Staatsgebiets ausmachen. Nach der Annexion von vier ukrainischen Regionen Ende 2022 begann Russland mit der Integration der dortigen Hochschulen in das russische System. Bis März 2023 wurden 29 ukrainische Universitäten unter russische Kontrolle gestellt. Die »Russifizierung« des Bildungswesens schreitet massiv voran – mit russischen Lehrplänen, Standards und Sprachvorgaben, was zur Verdrängung ukrainischer Sprache und Literatur führt. Das russische Bildungsministerium kündigte an, ab September 2025 die ukrainische Sprache komplett aus dem Lehrplan zu streichen. Akademische Freiheit - die in Russland bereits vor 2022 stärker eingeschränkt war als in der Ukraine - wurde praktisch vollständig abgeschafft.

In den von der ukrainischen Regierung kontrollierten Gebieten wiederum ist die Lage regional stark unterschiedlich: Im verhältnismäßig ruhigen Westen des Landes arbeiten viele Hochschulen weiter, wenn auch beeinträchtigt durch Luftalarme, Stromausfälle oder Internetprobleme. In Frontgebieten hingegen mussten viele Institutionen evakuiert werden: 34 Hochschulen, rund 91.000 Studierende und über 11.000 Beschäftigte wurden verlegt. Die Ausstattung – von Forschungsequipment über Labore bis hin zu Bibliotheken – blieb oftmals zurück. Während in befreiten Gebieten oder solchen fernab der Front der Wiederaufbau zerstörter Infrastruktur voranschreitet, ist dies in umkämpften Gebieten nicht möglich.

Der Krieg löste eine massive Migrationsbewegung unter ukrainischen Wissenschaftler:innen aus: Zehntausende verließen ihren Wohnort. Während die meisten in der Ukraine blieben und zu Binnenvertriebenen wurden, flohen 14,7 % ins Ausland (sie flüchteten vor allem nach Polen (27 %) und Deutschland (22 %)). Der »Brain Drain« bedroht das intellektuelle Potenzial des Landes. Die ukrainische Regierung muss daher dringend Anreize schaffen, damit Forschende zurückkehren, sobald die Lage stabiler ist.

Im Idealfall sollte sich aus dem »Brain Drain« eine »Brain Circulation« entwickeln. Viele ins Ausland geflüchtete Wissenschaftler:innen haben bereits neue internationale Kontakte geknüpft und könnten beim Aufbau internationaler Kooperationen zwischen ihren ukrainischen Heimatinstitutionen und ihren Gastinstutitionen im Ausland helfen. Diese Chance sollte systematisch genutzt werden, um die Integration

der ukrainischen Hochschulbildung in den europäischen und globalen Wissenschaftsraum zu vertiefen – unterstützt durch die EU und ihre Mitgliedsstaaten, die die Nothilfen aus der Anfangszeit der Vollinvasion in langfristige strategische Partnerschaften überführen sollten.

Zwischen europäischer Harmonisierung und nationaler »Optimierung«

Schon vor dem russischen Großangriff im Jahr 2022 bemühte sich die Ukraine, ihr Hochschulsystem stärker an europäische Standards anzugleichen. Mit dem offiziellen Start des EU-Beitrittsprozesses im Juni 2024 wird nun angestrebt, das ukrainische Hochschulwesen vollständig in die EU zu integrieren. Als EU-Mitglied würde die Ukraine profitieren von größerer Mobilität für Studierende und Wissenschaftler:innen, intensiverer Forschungszusammenarbeit mit führenden europäischen Institutionen, höheren Bildungsstandards und modernerer Hochschulgovernance - um nur einige Vorteile zu nennen. Die ukrainische Gesellschaft ist sich dessen bewusst und spricht sich klar für eine Annäherung des Bildungssystems an die EU aus: In einer repräsentativen Umfrage der Stiftung Demokratische Initiativen (DIF) vom März 2025 gaben mehr als 70 % der Befragten an, dass es ihnen »wichtig« oder »sehr wichtig« sei, europäische Standards im Bildungsbereich zu übernehmen.

In ihrem Ukraine-Bericht 2023 stellte die Europäische Kommission Fortschritte bei den wichtigsten EHEA-Zielen fest – etwa bei der Qualitätssicherung –, verwies aber gleichzeitig auf bestehende Herausforderungen. Kritisiert wurde zum Beispiel die schleppende Umsetzung der »Strategie zur Entwicklung der Hochschulbildung 2021-2031«. Die Kommission forderte auch explizit eine Überarbeitung des Gesetzesentwurf 10177 zum »Bildungsprozess in der Hochschulbildung« sowie, das das ausgedehnte Hochschulnetz der Ukraine »optimiert« werde. Auch ein unabhängiger Bericht über die Angleichung der Ukraine an den EU-Besitzstand (acquis communautaire) im Jahr 2023 bescheinigt der Ukraine lediglich »begrenzte« Erfolge im Bereich der Bildung: Kapitel 26 des acquis (»Bildung und Kultur«), erhielt nur 2 von 5 möglichen Punkten.

Die Ukraine setzt ihren Europäisierungskurs fort. Im April 2024 verabschiedete das Parlament ein neues Gesetz zur Harmonisierung der Bildungspolitik mit EU-Standards. Im Juni folgte ein weiteres Gesetz zur »Förderung wissenschaftlicher Tätigkeit an Hochschulen«, das z. B. die Lehrverpflichtung für Wissenschaftler:innen auf 400–500 Stunden jährlich reduziert und 30 % ihrer Arbeitszeit für Forschung vorsieht.

Auch die von der EU-Kommission geforderte »Optimierung« ist bereits seit Herbst 2023 im Gange. Hintergrund ist der massive Rückgang der Studierenden-

zahlen: Von 2,4 Mio. im Studienjahr 2007/08 auf nur noch 1,1 Mio. im Jahr 2023/24 (vgl. Grafik 1 auf S. 7). Die durchschnittliche Studierendenzahl pro Hochschule sank dadurch von 6.500 auf 3.500, während Fixkosten für Personal und Gebäude weiter stiegen. Ziel des Bildungsministeriums ist es, vor allem durch Fusionen die Zahl der staatlichen Universitäten, die unter Verwaltung des Ministeriums stehen, von 120 auf 100 zu senken. Auch diese Maßnahme findet Rückhalt in der Bevölkerung: Laut DIF-Umfrage unterstützen 56,3 % der Befragten die »Optimierung«.

Im Februar 2024 stellte das Bildungsministerium die Kriterien für Fusionen vor, mit denen vor allem kleine und leistungsschwächere Hochschulen in größere Universitäten integriert werden sollen. Für jede erfolgreiche Fusion stellt die Weltbank 1,5 Mio. US-Dollar als Anreiz zur Verfügung. Innerhalb der ersten zehn Monate wurden sieben kleinere Hochschulen mit größeren fusioniert. Bildungsminister Oksen Lisowyj setzt bisher auf einen freiwilligen und »dialogorientierten« Ansatz, schloss aber nicht aus, bei Bedarf auch die Macht des Ministeriums auszuspielen, um das Ziel zu erreichen. Das wiederum rief deutliche Kritik von Hochschulen und Studierenden hervor, die dem Minister autoritäre Methoden vorwarfen.

Eine weitere Reform, die in der letzten Zeit diskutiert wird, betrifft die Governance-Struktur: Seit Sowjetzeiten unterhalten nicht nur das Bildungsministerium, sondern auch andere Ministerien (etwa die für Kultur, Gesundheit, Finanzen) ihre eigenen Hochschulen – ein komplexes und schwer steuerbares System. Nun wird überlegt, die Zuständigkeit für alle staatlichen Hochschulen zentral beim Bildungsministerium zu bündeln. Das soll die Steuerung vereinfachen, die Effizienz erhöhen und die Ukraine ein weiteres Stück näher an EU-Standards bringen.

Fazit

Das ukrainische Hochschulsystem befand sich inmitten eines tiefgreifenden Wandels – von einem (post-) sowjetischen Modell in Richtung europäischer Standards – als erst die Corona-Pandemie und dann die russische Vollinvasion existenzielle Herausforderungen mit sich brachten und den Reformprozess beeinträchtigten. Nach den ersten Schocks passten sich die Hochschulen an die neue Corona- bzw. Kriegsrealität an. Die Erfahrungen und neu entwickelten digitalen Formate aus der Zeit der COVID-19-Pandemie erleichterten die Aufrechterhaltung der Hochschulbildung unter den neuen Kriegsbedingungen.

Der Einsatz und die Widerstandskraft der im Hochschulbereich tätigen Menschen sorgten nicht nur dafür, dass der Lehr- und Lernprozess trotz des Krieges weiterlief, sondern auch, dass wichtige Reformen – oft mit finan-

zieller Unterstützung aus dem Ausland – nicht vollständig zum Erliegen kamen, sondern weiter verfolgt wurden.

Der Weg zur vollständigen EU-Integration bleibt lang und schwierig. Die jüngsten Gesetzesänderungen und strukturellen Optimierungsprozesse sind wichtige Schritte auf dem Weg zu einem effizienteren, wettbewerbsfähigeren und EU-kompatiblen Hochschulsystem. Entscheidend wird sein, ein Gleichgewicht zu finden zwischen institutioneller Effizienz und demokratischer Steuerung, zwischen nationalen Besonderheiten und den Anforderungen der EU.

Der Reformprozess bleibt herausfordernd: Kriegsbedingte finanzielle Einsparungen, Abwanderung von Fachkräften (aus dem Land, aber auch aus dem Bildungssektor), Sicherheitsrisiken sowie die allgemeine Unsicherheit in Kriegszeiten erschweren eine kohärente Reformpolitik. Dennoch ist die Ukraine auf dem richtigen Weg, das Hochschulsystem zu modernisieren und leistungsfähiger zu machen – was eine essenzielle Grundlage darstellt für die Entwicklung von Humankapital und eine prosperierende, europäische Nachkriegs-Ukraine.

Anmerkung:

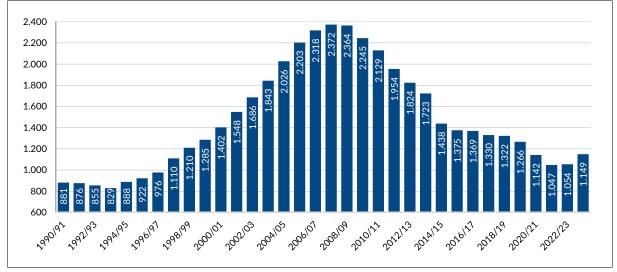
Der Text ist eine gekürzte und überarbeitete Fassung des Beitrags von Eduard Klein und Olga Murasova »Schul- und Hochschulbildung in der Ukraine: Im Spannungsfeld zwischen internen Entwicklungen, globalen Trends und unerwarteten Herausforderungen« in dem von Michael Dobbins herausgegebenen Sammelband »Das politische System der Ukraine. Institutionen, Akteure, Politikfelder«, der im August 2025 bei Springer VS in der neuen Reihe »Ukraine erklären« erscheint, https://link.springer.com/book/9783658474751.

Über den Autor:

Dr. Eduard Klein ist Redakteur der Ukraine-Analysen und des Ukrainian Analytical Digest und arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen.

Literatur

- Brik, T., Kogut, I., & Shapoval, N. (2022). Higher Education Reforms in Ukraine during the COVID-19 Pandemic. In Higher Education and the COVID-19 Pandemic (pp. 42–61). Brill. https://brill.com/downloadpdf/book/9789004520554/BP000013.pdf.
- Chernyshov, Sergey (2024): Rectors of the "Russian world". Who heads the universities in the occupied Ukrainian territories?, T-Invariant, 24.06.2024, https://www.t-invariant.org/2024/06/434714/.
- Coynash, Halya: Russia is to remove Ukrainian language from curriculum in occupied Ukraine, Kharkiv Human Rights Protection Group, 25.06.2025, https://khpg.org/en/1608814768.
- Hladchenko, Myroslava; Dobbins, Michael; Jungblut, Jens (2020): Exploring Change and Stability in Ukrainian Higher Education and Research: A Historical Analysis Through Multiple Critical Junctures. Higher Education Policy 33, 111–133, https://doi.org/10.1057/s41307-018-0105-9.
- Human Rights Watch (2024): Education under Occupation. Forced Russification of the School System in Occupied Ukrainian Territories, 20.06.2024, https://www.hrw.org/report/2024/06/20/education-under-occupation/forced-russification-school-system-occupied-ukrainian.
- Ivanenko, Nadiya (2024): Challenges of Ukrainian Higher Education in Times of War, in: International Higher Education, Issue 118, 06.04.2024, https://ihe.bc.edu/pub/i3oxjya7/release/2.
- Kahanec, Martin; Leu-Severynenko, Snizhana; Stadnyi, Yegor (2023): Rebuilding Education for a Smarter and Stronger Ukraine. Vox Ukraine, 15.05.2023, https://voxukraine.org/en/rebuilding-education-for-a-smarter-and-stronger-ukraine.
- Rumyantseva, N.L., Logvynenko, O.I. (2018): Ukraine: Higher Education Reforms and Dynamics of the Institutional Landscape, in: Huisman, J., Smolentseva, A., Froumin, I. (eds.): 25 Years of Transformations of Higher Education Systems in Post-Soviet Countries. Palgrave Studies in Global Higher Education. https://doi.org/10.1007/978-3-319-52980-6_16.
- Siegien, Wojciech (2024): War and Modernization in Ukraine: A Comparative Study of Systemic Education Reforms, in: Birol Akgün, Yusuf Alpaydın (eds.): Global Agendas and Education Reforms: A Comparative Study, Palgrave Macmillan, Singapore, 115–132.
- Sovsun, Inna (2017): New agenda for higher education in Ukraine: the first stage of changes. In: KAS Policy Paper: Higher Education in Ukraine: Agenda for Reforms, 4–15.



Grafik 1: Studierendenzahlen in der Ukraine, 1990-2023 (in Tausend)

Quelle: Staatliches Statistikamt der Ukraine

ANALYSE

Wissenschaftsfreiheit und Herausforderungen ukrainischer Wissenschaftler:innen in Kriegszeiten

Iuliia Iashchenko (Universität La Sapienza, Rom), Julia Mierau (SCIENCE AT RISK Emergency Office, Berlin)

DOI: 10.31205/UA.318.02

Zusammenfassung

Der Text untersucht den Stand der Wissenschaftsfreiheit in der Ukraine während des andauernden Krieges und stützt sich dabei auf den SCIENCE AT RISK Monitoring Report 2024. Die Analyse basiert auf den Indikatoren des Academic Freedom Index und hebt die Veränderungen hervor, die seit der Verhängung des Kriegsrechts stattgefunden haben. Während zu Beginn der vollumfänglichen Invasion Russlands im Jahr 2022 ein deutlicher Rückgang des Index zu verzeichnen war, erreichten bestimmte Aspekte – wie die Verbreitung von Forschungsergebnissen und die internationale Zusammenarbeit – bis 2024 wieder das Vorkriegsniveau. Weitere Erkenntnisse des Artikels basieren auf einer Umfrage unter ukrainischen Wissenschaftler:innen verschiedener Fachrichtungen, Karrierestufen und Regionen.

Einleitung

Die russische Vollinvasion hat die Wissenschaft und das Hochschulwesen der Ukraine stark beeinträchtigt. Ukrainische Wissenschaftler:innen stehen vor nie dagewesenen Herausforderungen, darunter Bedrohungen für ihr Leben, Vertreibung und Einschränkungen ihrer Forschungsaktivitäten. Dieser Artikel untersucht die anhaltenden Auswirkungen des Krieges auf die Wissenschaftsfreiheit in der Ukraine. Er basiert auf den Daten einer nicht repräsentativen Umfrage unter 1.720 ukrainischen

Wissenschaftler:innen aus verschiedenen akademischen Bereichen, Karrierestufen (von Doktorand:innen bis zu Professor:innen) und geografischen Standorten, die im Auftrag des SCIENCE AT RISK Emergency Office im Jahr 2024 durchgeführt wurde.

Die Erhebungsdaten decken den Zeitraum von 2021 bis 2024 ab und bieten eine umfassende und vergleichende Perspektive auf die Wissenschaftsfreiheit vor und während der vollumfänglichen Invasion. Um die Dynamik der Wissenschaftsfreiheit zu veranschaulichen,

stützt sich der Bericht auf Daten des Academic Freedom Index (AFI), der auf fünf Dimensionen der akademischen Freiheit basiert: Freiheit der Forschung und Lehre, Freiheit des akademischen Austauschs und der Verbreitung von Forschungsergebnissen, Campus-Integrität, institutionelle Autonomie sowie Freiheit der akademischen und kulturellen Meinungsäußerung.

Die AFI-Daten sind Teil des größeren V-Dem Datensatzes, der weltweit verschiedene Aspekte der Demokratie auf der Grundlage von Expertenbewertungen misst.

Die grafische Darstellung der AFI-Daten von 1990 bis 2023 veranschaulicht das schwankende Niveau der Wissenschaftsfreiheit in der Ukraine mit einer allgemein positiven Dynamik. Ausnahmen waren zwei starke Rückgänge im Jahr 2014 und seit 2022. Der Rückgang im Jahr 2014 fiel mit den politischen Unruhen im Zusammenhang mit den Euromaidan-Protesten, der Annexion der Krim und dem Beginn der russischen Aggression in der Ostukraine zusammen. Während sich einige Aspekte der akademischen Freiheit in den Jahren nach 2014 teilweise erholten, führte die Invasion im Jahr 2022 zu einer weiteren starken Verschlechterung in allen gemessenen Dimensionen (Grafik 1 auf S. 12).

Unsere Umfrageergebnisse verdeutlichen zudem die tiefgreifenden Auswirkungen des Krieges auf das Leben der Wissenschaftler:innen: 44,4 % der Befragten berichteten über Symptome von Depressionen (vgl. auch den Beitrag zum psychischen Wohlbefinden in dieser Ausgabe) und 5,1 % über Mobilisierung in die ukrainischen Streitkräften. Darüber hinaus gaben 25,9 % der Befragten an, dass ihre Familienangehörigen unter dem Krieg gelitten haben, entweder durch Tod oder schwere Verletzungen – ein Anstieg gegenüber 20 % im Jahr 2023, wie im SCIENCE AT RISK Monitoring Report 2023 dargestellt. Dieser immense persönliche Tribut hat das Wohlergehen der ukrainischen Wissenschaftler:innen belastet und viele dazu gezwungen, Sicherheit und finanzielle Stabilität über ihre akademischen Aktivitäten zu stellen, wodurch die wissenschaftlichen Aktivitäten und Routinen weiter gestört wurden.

Unmittelbare Auswirkungen der Invasion im Jahr 2022

Die Freiheit von Forschung und Lehre wurde insbesondere durch die physische Unmöglichkeit der Durchführung von Forschung und Lehre beeinträchtigt. Seit Februar 2022 wurde etwa jede fünfte Hochschul- und Forschungseinrichtung in der Ukraine physisch beschädigt (Kyiv School of Economics, 2023), was in einigen Fällen zur vollständigen Aussetzung der akademischen Aktivitäten führte (Irwin, 2023). Mehrere Universitäten wurden auch vollständig zerstört. Von den Umfrageteilnehmer:innen gaben 38 % an, dass ihre Einrichtungen von Militäraktionen betroffen waren und leichte

bis schwere Schäden erlitten haben. Unterbrechungen der Stromversorgung, des Internetzugangs und stabiler Kommunikationsnetze haben sich auch auf Forschung und Lehre ausgewirkt.

Mit dem Ausbruch des Krieges im Jahr 2022 wurden mehrere Universitäten in sicherere Regionen der Ukraine verlegt. Von den Befragten der Umfrage waren 20 % von der Verlagerung ihrer Einrichtungen betroffen. Die meisten (85 %) sind nicht mit ihren Hochschulen umgezogen, während nur 4,5 % angaben, dass sie ihren Hochschulen gefolgt sind. Letztere sahen sich nach dem Umzug an einen neuen Ort mit zahlreichen Herausforderungen konfrontiert: 40 % berichteten über finanzielle Schwierigkeiten, 34,5 % hatten Probleme, eine geeignete Unterkunft zu finden, und 24 % hatten Schwierigkeiten, ihre Familien umzusiedeln. Darüber hinaus mussten 24 % der Befragten eine Verringerung der Unterrichtsstunden hinnehmen und 20 % hatten nur eingeschränkten Zugang zu ihren Arbeitsplätzen oder Forschungseinrichtungen. Bemerkenswert ist, dass 5,5 % der Befragten von der vollständigen Beendigung ihres Arbeitsverhältnisses oder Vertrags berichteten.

Die erzwungene Vertreibung von Lehrkräften und Studierenden – ergänzt durch die Einberufung von Akademiker:innen – hat die Forschungstätigkeit erheblich behindert. Ungefähr 25 % der befragten Wissenschaftler:innen wurden entwurzelt und arbeiten oft als Binnenvertriebene innerhalb der Ukraine oder im Ausland unter erheblichen Einschränkungen (SCIENCE AT RISK Monitoring Report, 2023). Der Einmarsch Russlands hat auch eine erhebliche Abwanderung von Studierenden und Forschenden ausgelöst, die Sicherheit und die Möglichkeit suchen, ihre akademischen Aktivitäten im Ausland fortzusetzen. Der Krieg hat nicht nur unmittelbare institutionelle Anpassungen erforderlich gemacht, sondern auch bereits bestehende systemische Probleme wie die chronische Unterfinanzierung des Bildungswesens und die Beschleunigung der Abwanderung von Fachkräften verschärft (Rabinovych, 2024).

Einer der schwierigsten Aspekte für die Forschung in Kriegszeiten ist der Rückgang von Forschungsanträgen und Forschungsfinanzierung. Den Umfrageergebnissen zufolge sind die Anträge sowohl auf nationale als auch auf internationale Forschungsförderung deutlich zurückgegangen (Grafik 2 auf S. 13). Im Jahr 2022 sank die Zahl der erfolgreichen Anträge für nationale Forschungsförderung um über 40 %, während die Zahl der bewilligten internationalen Forschungsanträge um 30 % zurückging. Die prekäre Sicherheitslage und die Tatsache, dass unmittelbare Überlebensbedürfnisse Vorrang vor langfristigen Forschungsprojekten haben, waren die Hauptursachen für diesen Rückgang. Hinzu kommt, dass die ukrainischen Förderprogramme jetzt auf kriegsbezogene Forschungsthemen ausgerichtet sind,

was die Freiheit der Wissenschaftler:innen in Forschung und Lehre einschränkt. Grafik 2 (S. 13) zeigt eine Trendwende im Jahr 2023, die sich bis ins Jahr 2024 fortsetzte. Diese Anzeichen für einen Aufschwung bei Förderanträgen und Bewilligungen sowie andere wichtige Kennzahlen werden im nächsten Abschnitt ausführlich erörtert.

Der Rückgang des akademischen Austauschs und der Verbreitung von Forschungsergebnissen kann direkt auf die seit 2022 rückläufige Publikationstätigkeit ukrainischer Forschender und die Einschränkungen der Mobilität und des akademischen Austauschs sowohl innerhalb der Ukraine als auch im Ausland zurückgeführt werden. Dazu gehört insbesondere das Kriegsrecht, das den meisten Männern das Verlassen des Landes verbietet. Wissenschaftler:innen stehen auch vor ethischen und praktischen Herausforderungen bei der Aufrechterhaltung von Forschungskooperationen. Die ukrainische Regierung hat Partnerschaften mit russischen und belarusischen Einrichtungen strikt untersagt, was die Isolierung der Wissenschaft noch verstärkt. In einigen Fällen hat auch der Gruppendruck von der Zusammenarbeit mit russischen Wissenschaftlern:innen in westlichen Einrichtungen abgehalten (Rabinovych, 2024). Trotz des langjährigen intellektuellen Kampfes um die Integration der ukrainischen Wissenschaft in den EU-Kontext hat der Krieg diese Bemühungen zurückgeworfen und die dringend benötigte Integration der Ukraine in die globale Wissenschaft erheblich beeinträchtigt (Protsyk, 2025).

Auch die Teilnahme an nationalen und internationalen Konferenzen und die Zahl der wissenschaftlichen Publikationen sind seit 2022 stark rückläufig. Den Umfrageergebnissen zufolge sank die Teilnahme an nationalen und internationalen Konferenzen zwischen 2021 und 2022 um 20 % bzw. 28 % (Grafik 3 auf S. 13). Der Publikationsoutput der von uns befragten Wissenschaftler:innen ging um 10 % zurück. Ähnliche Daten – ein Rückgang um 10 % – werden von Ganguli und Waldinger (2023) berichtet. Vor dem Krieg gaben 86 % der Befragten an, durch die Veröffentlichung ihrer Forschungsergebnisse zum wissenschaftlichen Diskurs beizutragen. Im Jahr 2022 sank diese Zahl auf 76 %. Die Daten für 2023 und 2024 zeigen Anzeichen für eine Erholung, da die Teilnahme an Konferenzen und die Publikationsraten allmählich wieder das Vorkriegsniveau erreichen. Auf diese Verschiebung wird im nächsten Abschnitt näher eingegangen.

Die institutionelle Autonomie der ukrainischen Universitäten, d. h. ihre Fähigkeit, Entscheidungen über ihr internes Management, ihre Finanzen und ihre Verwaltung zu treffen, ist seit der vollumfänglichen Invasion Russlands der niedrigste Indikator im Bereich der Wissenschaftsfreiheit geblieben. Die ohnehin schon begrenzte Autonomie der Hochschulen inner-

halb des stark zentralisierten akademischen Systems der Ukraine wurde durch den zunehmenden Einfluss der Exekutive auf die Entscheidungsfindung weiter eingeschränkt (Rabinovych, 2024). In Verbindung mit den physischen und betrieblichen Störungen, mit denen die ukrainischen Hochschulen konfrontiert sind, hat dies ihre Fähigkeit zur Aufrechterhaltung einer unabhängigen Verwaltung erheblich geschwächt. Evakuierungen und finanzielle Sparmaßnahmen haben diese Herausforderungen noch verschärft und viele Einrichtungen zu Fusionen oder Verkleinerungen gezwungen, um zu überleben.

Die Freiheit der akademischen und kulturellen Meinungsäußerung hat im Zuge des Krieges deutlich abgenommen. Druck auf die Pressefreiheit und die Zunahme von Zensur und Selbstzensur bei sensiblen Themen – einschließlich Friedensverhandlungen und militärischer Mobilmachung – spiegeln ein eingeschränktes intellektuelles Umfeld wider. Dieser Rückgang steht in engem Zusammenhang mit den Einschränkungen durch das Kriegsrecht und den Bemühungen, der Beeinflussung durch russische Propaganda und Desinformation im ukrainischen Bildungswesen, insbesondere auf Schulebene, entgegenzuwirken (Iaschtschenko, 2023).

Der formelle und informelle Druck auf Wissenschaftler:innen im Zusammenhang mit ihrer akademischen Zusammenarbeit sowie die physische Beschädigung vieler Universitäten beeinträchtigten auch eindeutig die Integrität der ukrainischen Universitäten (Rabinovych, 2024).

Anzeichen einer Erholung

Diese Rückschläge verdeutlichen die erheblichen Einschränkungen, denen ukrainische Forschende ausgesetzt sind, die nicht nur mit logistischen Herausforderungen zu kämpfen haben, sondern auch mit unterbrochenen Kommunikationsnetzen, Problemen bei der Umsiedlung und psychischen Belastungen. Viele Wissenschaftler:innen berichteten, dass es aufgrund der anhaltenden Kriegshandlungen und häufiger Wohnortwechsel nahezu unmöglich war, einen normalen Forschungsbetrieb aufrechtzuerhalten.

Trotz dieser Hürden zeigen sich die Widerstandsfähigkeit der ukrainischen Wissenschaft, ihre hohe Anpassungsfähigkeit und Entschlossenheit in den Erholungstrends, die im Jahr 2023 begannen und 2024 andauern. Dieser Aufschwung bei den wissenschaftlichen Aktivitäten zeigt eine Rückkehr zum Vorkriegsniveau in mehreren Bereichen.

Die Bemühungen sowohl der ukrainischen Fördereinrichtungen als auch der internationalen Organisationen haben dazu beigetragen, den Rückgang der Förderanträge und Zusagen umzukehren. Bis Mitte 2023 war die Zahl der Förderanträge um 25 % gestiegen (Gra-

fik 2 auf S. 13), was ein Zeichen für das wiedergewonnene Vertrauen in die Forschungsaussichten ist. Die Einrichtung von Soforthilfefonds für die Forschung durch internationale Organisationen wie das Horizon Europe-Programm der Europäischen Union und die National Research Foundation of Ukraine leisteten entscheidende Unterstützung.

Die Daten der Umfrage deuten darauf hin, dass die ukrainischen Wissenschaftler:innen trotz des Krieges erhebliche Fortschritte bei der Wiederaufnahme ihrer Forschungstätigkeit gemacht haben. Bei den Veröffentlichungen erreichte der Anteil der Befragten, die zum akademischen Diskurs beitragen, im Jahr 2023 83 % (gegenüber 86 % im Jahr 2021), und der Erholungstrend setzte sich bis 2024 fort, als 80 % der Wissenschaftler:innen im September 2024 über veröffentlichte Arbeiten berichteten. Diese teilweise Erholung deutet auf die Widerstandsfähigkeit der ukrainischen akademischen Gemeinschaft hin, da sich viele Forschende an die neuen Gegebenheiten angepasst haben, indem sie Partnerschaften mit ausländischen Einrichtungen nutzten, um ihre Forschungsarbeit fortzusetzen. Die Verschiebung der Kampfhandlungen und der verbesserte Zugang zur Mobilität könnten ebenfalls zu dieser Erholung beigetragen haben, ebenso wie die Wiederherstellung des Zugangs zu Forschungseinrichtungen und die Stabilisierung der Internetdienste in wichtigen akademischen Zentren. Darüber hinaus verstärkte die internationale akademische Gemeinschaft ihre Bemühungen um die Unterstützung ukrainischer Kolleg:innen. Die Bereitschaft akademischer Zeitschriften, ukrainischen Autor:innen entgegenzukommen, indem sie die Fristen verlängerten und auf Einreichungsgebühren verzichteten, trug ebenfalls zu höheren Publikationsraten bei.

Auch die Teilnahme an wissenschaftlichen Konferenzen - sowohl im Inland als auch international zeigte bis 2023 Anzeichen einer Erholung (Grafik 3 auf S. 13). Inländische Konferenzen wurden mit veränderten Formaten wieder aufgenommen, um Reisebeschränkungen und Sicherheitsbedenken Rechnung zu tragen, wobei häufig hybride Modelle zum Einsatz kamen, die persönliche und virtuelle Sitzungen kombinierten. Der verstärkte Rückgriff auf digitale Konferenzplattformen ermöglichte eine breitere Beteiligung und minimierte die kriegsbedingten logistischen Herausforderungen. Die Teilnahme an internationalen Konferenzen wird zwar immer noch durch Reisebeschränkungen beeinträchtigt, hat sich aber aufgrund der unterstützenden Maßnahmen der gastgebenden Einrichtungen und Organisationen, die virtuelle Teilnahmeoptionen anbieten, verbessert. Im Jahr 2024 lag die Teilnahme an internationalen Konferenzen wieder bei etwa 90 % des Vorkriegsniveaus (Grafik 3 auf S. 13), was sowohl die Widerstandsfähigkeit der ukrainischen Wissenschaftler:innen als auch die Solidarität der weltweiten akademischen Gemeinschaft mit ihren ukrainischen Kolleg:innen widerspiegelt.

Obwohl der Aufschwung in den Jahren 2023 und 2024 die bemerkenswerte Widerstandsfähigkeit der ukrainischen Wissenschaftler:innen bewiesen hat, bleibt der Bedarf an Unterstützung – auf individueller und struktureller Ebene – bestehen, wie die Umfrageergebnisse zeigen.

Wachsender Bedarf an Unterstützung

Ein Teil der Umfrage war der Ermittlung der dringendsten Bedarfe der ukrainischen Wissenschaftler:innen gewidmet. Den Ergebnissen zufolge ist finanzielle Unterstützung nach wie vor eine wichtige Priorität, da viele Forschende damit zu kämpfen haben, ihre Forschungstätigkeit in Zeiten wirtschaftlicher Instabilität aufrechtzuerhalten. Im Jahr 2024 wiesen fast 36 % der Befragten auf den Bedarf an finanzieller Unterstützung hin, ein Anstieg von 26 % gegenüber 2022. (Iashchenko, 2024). Darüber hinaus nannte mehr als die Hälfte der befragten Forscher:innen Sprachbarrieren und fehlende Qualifikationen für internationale Veröffentlichungen als Hindernisse beim Zugang zu globalen Förderprogrammen.

Auch die Nachfrage nach moralischer Unterstützung ist groß. Die Umfrageergebnisse unterstreichen, wie wichtig es ist, Überlegungen zur psychischen Gesundheit in akademische Erholungsstrategien einzubeziehen. Es besteht ein dringender Bedarf an verschiedenen Unterstützungsmechanismen, einschließlich bedarfsgerechter individueller Programme, institutioneller Partnerschaften und Stipendienmöglichkeiten. Die Unterstützung der psychischen Gesundheit hat sich als ein zentrales Anliegen herausgestellt. Die psychische Belastung durch den Krieg in Verbindung mit beruflichen Unsicherheiten macht gezielte psychologische Unterstützung erforderlich (UNESCO, 2024). Initiativen zum Aufbau von Kapazitäten, z. B. im Bereich Sprachenkenntnisse, internationale Publikationsstandards und Akquise der Forschungsförderung sind ebenfalls von entscheidender Bedeutung, um Wissenschaftler:innen bei der Anpassung an neue Forschungsumgebungen zu helfen. Die Einrichtung von Mentorenprogrammen könnte die Wissenschaftler:innen in die Lage versetzen, sich besser in globale akademische Netzwerke zu integrieren. Gemeinsame Projekte, die ukrainische Wissenschaftler:innen mit internationalen Kolleg:innen zusammenbringen, können die Widerstandsfähigkeit und Innovation fördern.

Die Umfrageergebnisse zeigen, dass viele Wissenschaftler:innen trotz der Herausforderungen ihre Arbeit in einem stark eingeschränkten Umfeld fortsetzen. Die ukrainische Wissenschaft benötigt dringend mehr nationale Unterstützungsprogramme, Stipendien und Stipen-

dienmöglichkeiten, um ihre intellektuelle Gemeinschaft zu erhalten, zu fördern und zu erweitern.

Empfehlungen für die internationale Zusammenarbeit

Internationale Akteur:innen müssen integrative und gezielte Strategien anwenden, um auf die individuellen Bedarfe ukrainischer Wissenschaftler:innen einzugehen und gleichzeitig die strukturellen Probleme des ukrainischen Wissenschafts- und Hochschulsystems zu berücksichtigen. Die Entwicklung zugänglicher Unterstützungsprogramme, die sprachliche und qualifikatorische Barrieren abbauen, wird ukrainischen Forscher:innen die Möglichkeit geben, sich stärker an globalen akademischen Netzwerken zu beteiligen. Gemeinsame Anstrengungen zum Wiederaufbau und zur Modernisierung der ukrainischen akademischen Infrastruktur und zur Verbesserung der Verwaltung des ukrainischen Hochschulwesens sind ebenfalls von entscheidender Bedeutung für die langfristige Widerstandsfähigkeit und die Gewährleistung der Wissenschaftsfreiheit.

Darüber hinaus kann die Förderung von Partnerschaften zwischen ukrainischen und internationalen akademischen Einrichtungen die Forschungskapazitäten verbessern, den Wissensaustausch fördern und den in der Ukraine verbliebenen Wissenschaftler:innen entscheidende Unterstützung bieten. Wie bereits erwähnt sind Initiativen zur Förderung der psychischen Gesundheit und Programme zur beruflichen Weiterbildung ebenso wichtig, um das Wohlbefinden und die Produktivität der Wissenschaftler:innen während und nach dem Krieg zu unterstützen.

Die Bemühungen müssen sich auch auf den Wiederaufbau der akademischen Infrastruktur der Ukraine und die Gewährleistung einer angemessenen Finanzierung von Forschung und Hochschulbildung konzentrieren. Internationale Geber- und Bildungsorganisationen sollten die Finanzierung von Initiativen in Erwägung ziehen, die technologische Upgrades fördern, das Forschungsumfeld sichern und akademische Ressourcen vor weiteren Schäden schützen. Gemeinsame Finanzierungsmodelle, die das lokale Engagement fördern, können ebenfalls einen nachhaltigen Wiederaufbau gewährleisten.

Fazit

Der russische Krieg gegen die Ukraine hat die ukrainische Wissenschaft vor noch nie dagewesene Herausforderungen gestellt, die Wissenschaftsfreiheit untergraben und die wissenschaftliche Arbeit beeinträchtigt. Trotz dieser Schwierigkeiten haben ukrainische Forschende eine bemerkenswerte Widerstandsfähigkeit bewiesen und innovative Wege gefunden, Forschung und Lehre auch unter extremen Kriegsbedingungen fortzusetzen. Der Krieg hat auch deutlich gemacht, wie wichtig die akademische Freiheit für die Förderung des Wissens und die Aufrechterhaltung demokratischer Werte angesichts autoritärer Aggressionen ist. Eine nachhaltige internationale Unterstützung und Zusammenarbeit wird entscheidend dazu beitragen, das wissenschaftliche Potenzial der Ukraine zu erhalten und die Erholung des akademischen Sektors zu fördern. Darüber hinaus dürfen die Bemühungen zum Schutz der Wissenschaftsfreiheit im Zuge des Wiederaufbaus der Ukraine nicht als vorübergehende Reaktion auf eine Krise betrachtet werden, sondern als langfristiges Engagement zur Stärkung der intellektuellen und kulturellen Resilienz der Ukraine. Bei der Bewältigung der Krise in der Ukraine müssen der Schutz und die Förderung der akademischen Freiheit ein zentrales Anliegen sowohl der nationalen als auch der internationalen Akteur:innen bleiben.

Über die Autorinnen

Iuliia Iashchenko ist Doktorandin in Europäischer Geschichte an der Universität La Sapienza in Rom und spezialisiert sich auf die Geschichte totalitärer Regime in Europa. Ihre Forschung konzentriert sich auf das kollektive Gedächtnis ethnischer Minderheiten, die von Zwangsmigration und Unterdrückung in der UdSSR betroffen waren. Als Forscherin am CAMES-Forschungszentrum der Universität La Sapienza ist sie Expertin für russische Desinformationstaktiken.

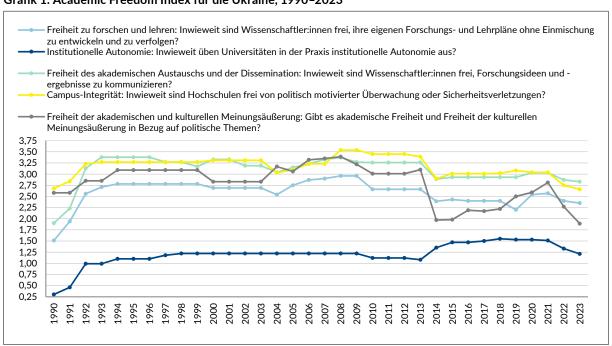
Julia Mierau ist Mitglied des SCIENCE AT RISK Emergency Office des Akademischen Netzwerks Osteuropa (akno e.V.) in Berlin. Sie ist Soziologin und verfügt über mehr als zehn Jahre Erfahrung in führenden deutschen Forschungseinrichtungen und NGOs. Ihre wissenschaftlichen Interessen umfassen die Entwicklung der Zivilgesellschaft, die Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft sowie die Wissenschaftsfreiheit in Osteuropa.

Literatur

- Friedrich-Alexander University, V-DEM Institute, 2024. Academic Freedom Index Report. Available at: https://academic-freedom-index.net/.
- Ganguli, I.; Waldinger, F., 2023. War and Science in Ukraine. CEPR Discussion Papers 18247, https://cepr.org/publications/dp18247.
- Iashchenko, I., 2023. Transformation of academia and education system upon the Russo-Ukrainian War: Russian and Ukrainian experience. Nuovi Autoritarismi E Democrazie: Diritto, Istituzioni, Società (NAD-DIS), 5(2).

- Iashchenko, I., 2024. The impact of Russia's war against Ukraine on Ukrainian academics. In: J. Mierau, ed. Academia in Ukraine in Times of War: Understanding the Status-Quo, Challenges, and Support Needs. SCIENCE AT RISK Emergency Office.
- Irwin, A., 2023. The fight to keep Ukrainian science alive through a year of war. Nature. Available at: https://www.nature.com/articles/d41586-023-00508-0.
- KyivIndependent: Ukrainian journalists report continued pressure, censorship attempts as previous cases remain unsolved, https://kyivindependent.com/pressure-on-journalists-press-freedom-limitations-continue-in-wartime-ukraine/.
- Kyiv School of Economics, 2023. Available at: https://kse.ua/about-the-school/news/the-total-amount-of-damage-caused-to-ukraines-infrastructure-due-to-the-war-has-increased-to-almost-138-billion/.
- Mierau, J., ed., 2024. Academia in Ukraine in Times of War: Understanding the Status-Quo, Challenges, and Support Needs. Science at Risk Emergency Office.
- Protsyk, H., 2025. Higher education amid the war: A resilience test for Ukraine's integration into the European Higher Education Area. In: M. Rabinovych and A. Pintsch, eds. Ukraine's Thorny Path to the EU. Palgrave Studies in European Union Politics. Cham: Palgrave Macmillan.
- Rabinovych, M., 2024. Structural challenges of the Ukrainian academic system. In: J. Mierau, ed. Academia in Ukraine in Times of War: Understanding the Status-Quo, Challenges, and Support Needs. SCIENCE AT RISK Emergency Office.
- SCIENCE AT RISK Emergency Office, 2023. Monitoring Report: Ukraine 2022-2023: Threats to science and higher education after the full-scale Russian invasion. SCIENCE AT RISK Emergency Office.
- Ukrinform, 2024. Russia destroys or damages over 2,500 educational institutions in Ukraine. Available at: https://www.ukrinform.net/rubric-society/3907564-russia-destroys-or-damages-over-2500-educational-institutions-in-ukraine-since-invasion.html.
- UNESCO, 2024. Analysis of war damage to the Ukrainian science sector and its consequences. Available at: https://unesdoc.unesco.org/ark:/48223/pf0000388803.
- Vox Ukraine, 2022. How European universities provide support to Russians in the name of solidarity with Ukraine. Available at: https://voxukraine.org/en/how-european-universities-provide-support-to-russians-in-the-name-of-solidarity-with-ukraine.

Grafik 1: Academic Freedom Index für die Ukraine, 1990-2023

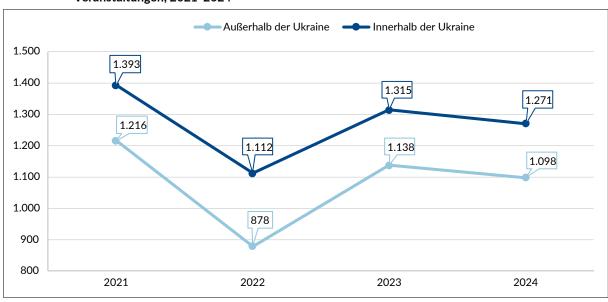


Quelle: Academic Freedom Index, https://academic-freedom-index.net.

Nationale Anträge_Eingereicht Nationale Anträge_Gefördert • • • • Internationale Anträge_Eingereicht Interationale Anträge_Gefördert

Grafik 2: Anträge auf nationale und internationale Forschungsstipendien und Fördermittel unter den Befragten, 2021–2024

 $Quelle: Science\ at\ Risk\ Monitoring\ Report: Academia\ in\ Ukraine\ in\ Times\ of\ War:\ Understanding\ the\ Status-Quo.\ Challenges,\ and\ Support\ Needs,\ November\ 2024,\ p.\ 28,\ https://science-at-risk.org/wp-content/uploads/2025/04/report_ukraine_2024-1-2.pdf.$



Grafik 3: Von den Umfrageteilnehmenden besuchte nationale und internationale akademische Veranstaltungen, 2021–2024

 $Quelle: Science\ at\ Risk\ Monitoring\ Report: Academia\ in\ Ukraine\ in\ Times\ of\ War:\ Understanding\ the\ Status-Quo.\ Challenges,\ and\ Support\ Needs,\ November\ 2024,\ p.\ 28,\ https://science-at-risk.org/wp-content/uploads/2025/04/report_ukraine_2024-1-2.pdf.$

Von Burnout bis Breakdown: Zur psychischen Gesundheit ukrainischer Wissenschaftler:innen in Kriegszeiten

Natalia Tsybuliak (Staatliche Pädagogische Universität Berdjansk; Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS), Berlin), Yana Suchikova (Staatliche Pädagogische Universität Berdjansk)

DOI: 10.31205/UA.318.03

Zusammenfassung

Seit Russlands Vollinvasion leiden ukrainische Wissenschaftler:innen häufiger unter Burnout und Angstzuständen. Das verschärft Herausforderungen, die es bereits zuvor gegeben hat, etwa finanzielle Unsicherheiten, hohe Arbeitsbelastungen und institutionelle Umstrukturierungen. Flucht und Vertreibung, Schwierigkeiten mit digitalem Lernen und Kriegstraumata haben Fakultäten im ganzen Land schwer beeinträchtigt und bedrohen letztlich die Stabilität des gesamten Hochschulsektors. Trotz des dringenden Unterstützungsbedarfs im Bereich psychische Gesundheit gibt es bisher nur unzureichende institutionelle und staatliche Initiativen in diesem Bereich. Damit stehen sowohl die Wissenschaftler:innen als Individuen als auch das gesamte intellektuelle Kapital des Landes auf dem Spiel. Die Bewältigung dieser Krise ist entscheidend für die akademische Zukunft der Ukraine.

Einleitung

Das Arbeiten im akademischen Betrieb gilt schon lange als Beruf mit hohem Stresslevel. An Universitätsfakultäten besteht weltweit ein erhöhtes Risiko für Burnout und psychische Belastungen (Hammoudi Halat et al., 2023). Von Professor:innen und Forschenden wird erwartet, dass sie überhöhte Arbeitsbelastungen bewältigen, hohen Leistungsansprüchen gerecht werden und durch finanzielle Unsicherheiten navigieren. Der »Publish-or-perish«-Druck sowie der Druck, Drittmittel zu sichern und das Prestige der Institutionen aufrechtzuerhalten - kombiniert mit strikten Deadlines, andauernden Bildungsreformen und einer leistungsbezogenen Kultur – haben eine Umgebung geschaffen, die Überarbeitung und emotionale Erschöpfung befördert. Diese Herausforderungen verschärfen sich in vom Krieg betroffenen Regionen wie der Ukraine oder Gaza, wo Wissenschaftler:innen trotz kriegsbedingter Zerstörung und Instabilität weiterhin arbeiten (Catanzaro, 2025).

Für ukrainische Wissenschaftler:innen war die Situation schon vor dem Krieg schwierig. Chronische Unterfinanzierung, niedrige Löhne und wenig institutionelle Unterstützung zwangen viele, mehrere Jobs anzunehmen, um ihren Lebensunterhalt zu finanzieren. Auch die Arbeitsbelastung ist extrem: Bei 600 Stunden jährlicher Lehre widmen ukrainische Wissenschaftler:innen in der Regel 300 bis 500 Stunden im Jahr dem Kontakt mit Studierenden (etwa in Vorlesungen, Seminaren und Laborarbeiten). Zu diesen Kontaktzeiten kommen Benotungen, die Betreuung von Forschungsarbeiten und administrative und andere Pflichten. Zum Vergleich: Ihre europäischen Kolleg:innen unterrichten oft weniger Stunden und geben bei geringerer Arbeitsbelastung häufiger an, von Burnout betroffen zu sein. In Deutschland

haben Universitätsprofessor:innen beispielsweise acht bis neun reguläre Lehrdeputate und kommen damit durchschnittlich auf 120 bis 140 Stunden Studierendenkontakt pro Semester. Damit können sie sich stärker auf Forschung und berufliche Weiterentwicklung konzentrieren.

Seit dem 24. Februar 2022 steht das akademische Leben in der Ukraine aber vor noch größeren Herausforderungen. Universitäten mussten nun buchstäblich um ihr physisches Überleben kämpfen. Für Wissenschaftler:innen wurden Forschung und Lehre über berufliche Verantwortung hinaus zu Akten des Widerstands angesichts ungekannter Härten. Zudem verstärkten sich Stressfaktoren, die es zuvor schon gegeben hatte, und neue Herausforderungen kamen hinzu. Das Resultat ist eine vielschichtige Krise, für deren Verständnis es einer genauer Analyse bedarf.

Der Einfluss des Krieges auf das Hochschulsystem der Ukraine

Die Vollinvasion Russlands in die Ukraine hat das Hochschulsystem der Ukraine komplett auf den Kopf gestellt. 44 Universitäten waren zur Umsiedlung gezwungen. 1.443 Gebäude von 177 Institutionen wurden zerstört oder beschädigt, vor allem in östlichen, nordöstlichen und südlichen Teilen der Ukraine, wo die Kriegsschäden am stärksten sind (UNESCO, 2024). Dadurch haben viele Fakultätsmitglieder keine stabilen und sicheren Arbeitsplätze mehr. Außerdem fehlt es an grundlegenden Lehrmitteln oder Zugang zu beruflichen Netzwerken.

Für zahlreiche Wissenschaftler:innen brachte ihre Umsiedlung gewaltige Veränderungen mit sich. Einige sind in sicherere Regionen der Ukraine gezogen, wo sie sich bemühen, ihr akademisches Leben in ihnen unvertrauten Institutionen neu aufzubauen. Andere sind ins Ausland geflohen, wo sie sich gleichzeitig auf ausländi-

sche Universitätssysteme einstellen und mit ihrer unsicheren Zukunft auseinandersetzen. Laut UNESCO sind derzeit 13,5 Prozent des akademischen Personals der Ukraine entweder Binnenflüchtlinge oder leben als Migrant:innen im Ausland (UNESCO, 2024).

Physische Zerstörung und Umsiedlung sind dabei nur Teile der vielschichtigen Krise. Der Krieg hat im ganzen Land eine finanzielle Katastrophe losgetreten, die sich an den Hochschulen besonders niederschlug, indem sich deren ohnehin bereits fragile wirtschaftliche Situation weiter verschlechtert hat. Die Inflation ist gestiegen, während die akademischen Löhne stagnierten, so dass viele Wissenschaftler:innen ihre grundlegenden Lebenshaltungskosten kaum noch decken können. Viele waren gezwungen, zusätzliche Arbeit anzunehmen, ihre Forschungsverpflichtungen zu reduzieren oder sogar ihre Karrieren als solche zu überdenken.

Erschwerend kommt hinzu, dass die Zahl der Immatrikulationen in Kriegszeiten zurückgeht. Laut dem ukrainischen Statistikamt nahmen 2024 ca. 199.000 Erstsemester ein Studium auf; im Jahr zuvor waren es noch ca. 252.000. Die Hochschulen konkurrieren daher stark darum, Studierende für sich zu gewinnen und sie zu halten.

Als Reaktion auf den finanziellen Druck strebt die ukrainische Regierung Universitätszusammenschlüsse an, um Ressourcen zu bündeln (siehe auch der Artikel von Eduard Klein in dieser Ausgabe). Dies hat den Sektor jedoch nicht stabilisiert, sondern Unsicherheiten verstärkt.

Für einige Wissenschaftler:innen bedeutete der Krieg auch den Gang an die Front. Etwa zwei Prozent des akademischen Personals der Ukraine wurde zum Kriegsdienst einberufen (UNESCO, 2024). Andere haben überlebenswichtige Freiwilligendienste übernommen und leisten humanitäre Hilfe, unterstützen vertriebene Studierende oder arbeiten für die Logistik der ukrainischen Armee (Blyznyuk, Sobakar, 2024). Diese Anstrengungen sind von hoher Bedeutung für die Widerstandskraft des Landes, allerdings sind sie auch ein weiterer Grund für die Erschöpfung der Fakultätsmitglieder, die eigentlich bereits an ihren Belastbarkeitsgrenzen sind.

Zudem war der Übergang vom digitalen zum hybriden Lernen – der schon in der Corona-Pandemie begonnen hat – alles andere als sanft. Online-Lehre wurde zur Norm und zu einer Möglichkeit, im Krieg weiter zu unterrichten und zu lernen, brachte allerdings auch neue Stressfaktoren mit sich. Häufig auftretende Stromausfälle und instabile Internetverbindungen – verursacht durch Raketenangriffe auf die ukrainische Infrastruktur – machten den Distanzunterricht unberechenbar und chaotisch. In der Folge musste das akademische Personal ständig Lehrpläne umgestalten, Deadlines verlängern und Studierende zusätzlich unterstützen, die mit den gleichen Unterbrechungen konfrontiert waren.

Neben diesen Herausforderungen hat die Abhängigkeit von digitalen Plattformen »Technostress« erzeugt – also den psychologischen Druck, der mit der Aneignung zahlreicher neuer Onlinetools einhergeht, während gleichzeitig das Engagement von über viele Orte verteilten Studierenden aufrechterhalten werden soll. Anders als an Institutionen in stabilen Umgebungen, wo hybrides Lernen sorgfältig strukturiert werden kann, läuft die Onlinelehre in der Ukraine stets im Krisenmodus und ist auf ständiges Improvisieren angewiesen. Diese unablässige Notwendigkeit, sich neu anzupassen, hat viele in einen Erschöpfungszustand versetzt, der wenig Zeit für Lehre, berufliche Entwicklung oder persönliches Wohlergehen lässt.

Diese beruflichen Herausforderungen rücken jedoch in den Hintergrund im Vergleich zu dem tiefen persönlichen und psychologischen Stress, den die ukrainischen Wissenschaftler:innen erleben. Sie sind nicht nur Lehrende – sie sind Menschen, die existentielle Ängste, persönliche Verluste und Kriegstraumata erfahren. Viele haben ihr Zuhause verloren, trauern um geliebte Menschen oder wurden zur Migration gezwungen. Für diejenigen, die von solchen Verlusten direkt betroffen sind, ist der psychologische Stress noch höher (Kurapov et al., 2024).

Dabei führen die allgegenwärtige Realität von Raketenangriffen, Luftalarmen und eine unsichere Zukunft zu chronischem Stress. Trotz dieses überwältigenden Drucks sind Förderung und Unterstützung von psychischer Gesundheit an den ukrainischen Universitäten sehr begrenzt geblieben oder existiert gar nicht. Das akademische Personal wird ohne strukturierte institutionelle Unterstützung weitgehend alleingelassen.

Die psychische Gesundheitskrise ukrainischer Wissenschaftler:innen

Der Krieg fordert vom akademischen Personal der Ukraine einen hohen psychologischen Tribut, etwa in Form von Burnout und schweren Angstzuständen. Wir haben eine Studie zu Burnout unter Wissenschaftler:innen durchgeführt, die in von der ukrainischen Regierung kontrollierten Regionen leben oder ins Ausland gezogen sind. Die Befragten wurden in drei Gruppen eingeteilt: externe (ins Ausland migrierte) Geflüchtete, interne (innerhalb des Landes umgesiedelte) Geflüchtete, sowie an Ort und Stelle Verbliebene. Insgesamt wurden 1.493 Personen in zwei Wellen befragt, im Juli 2022 und im Januar 2023. Trotz der Freiwilligkeit der Teilnahme blieben die soziodemographischen Merkmale stabil, so dass zuverlässige Längsschnittvergleiche möglich sind. Die Daten wurden per Online-Befragung erhoben und umfassen soziodemographische Merkmale sowie Fragen zum Thema Burnout. Diese basieren auf der Maslach Burnout Inventory-Human Services-Studie (MBI-HSS), die drei zentrale Dimensionen von Burnout erfasst: emotionale Erschöpfung, Depersonalisierung und persönliche Leistungsfähigkeit.

Die Ergebnisse zeigen einen dramatischen Anstieg der emotionalen Erschöpfung unter Wissenschaftler:innen, wobei sie sich gegenüber den psychologischen Belastungen des Kriegs als besonders vulnerabel erwiesen (Grafik 1 auf S. 20). Im Januar 2023 berichteten 61,4 Prozent der weiblichen Befragten von einem hohen Maß an emotionaler Erschöpfung – ein leichter Anstieg gegenüber 58,9 Prozent im Juli 2022. Unter den männlichen Befragten war die emotionale Erschöpfung im selben Zeitraum zwar insgesamt geringer ausgeprägt, stieg dafür aber stark an: von 33,3 auf 48,4 Prozent. Der Unterschied zwischen den Geschlechtern bleibt groß, wobei Frauen eine höhere emotionale Erschöpfung aufweisen.

Bei der Depersonalisierung – einem Zustand der emotionalen Entfremdung von der eigenen Arbeit – zeigten männliche Wissenschaftler einen besonders steilen Anstieg. Der Anteil der Männer, die von starker Depersonalisierung berichten, hat sich fast verdoppelt, von 15,8 Prozent im Juli 2022 auf 29,0 Prozent im Januar 2023. Unter den Frauen gab es einen moderateren Anstieg, von 17,3 auf 26,4 Prozent. Diese Trends zeigen, dass Depersonalisierung beide Geschlechter erheblich betrifft, wobei ihr Ausmaß sich mit der Dauer des Kriegs zu verstärken scheint.

Die persönliche Leistungsfähigkeit ist deutlich zurückgegangen, vor allem bei Frauen. Anfang 2023 berichteten 46,2 Prozent der Frauen von einem moderaten Maß an persönlicher Leistungsfähigkeit, 15,2 Prozent gaben eine geringe persönliche Leistungsfähigkeit an. Hier zeigt sich eine zunehmende berufliche Desillusionierung. Unter den Männern stieg der Anteil derjenigen, die von geringer Leistungsfähigkeit berichten, von 32,3 auf 38,7 Prozent, während der Anteil derer, die eine hohe Leistungsfähigkeit angeben, deutlich von 29,0 auf 11,7 Prozent fiel. Es zeigt sich also ein genderspezifisches Muster des Rückgangs der beruflichen Zufriedenheit, das sich mit der Dauer des Kriegs weiter verstärkt.

Insgesamt verdeutlichen diese Muster die vielschichtigen Auswirkungen auf das akademische Personal der Ukraine während des Kriegs (Tsybuliak et al., 2024, siehe Grafik 1).

Angstzustände unter wissenschaftlichem Personal haben zugenommen

Burnouts sind erst als deutliche Folge des Stresses in Kriegszeiten entstanden, wohingegen sich Angstzustände – die schon in Friedenszeiten ein vorherrschendes psychisches Problem unter Wissenschaftler:innen waren – unter der andauernden Belastung des Krieges zu einem genauso großen Problem entwickelt haben. Eine weitere Studie der Autorinnen befragte zwischen

Dezember 2023 und Februar 2024 insgesamt 429 wissenschaftliche Angestellte ukrainischer Hochschulen. Dabei wurde das Ausmaß der Angstzustände unter Verwendung der Generalized Anxiety Disorder (GAD-7)-Skala ermittelt. Zudem wurden das Bedürfnis der Angestellten nach Berufswechsel und ihre Wahrnehmung von institutionellen Angeboten zur Verbesserung der psychischen Gesundheit evaluiert.

Die Ergebnisse zeigen, dass Angstzustände die am stärksten verbreitete Kriegsfolge sind. Sie beeinträchtigen die Fähigkeit zur Entscheidungsfindung, emotionale Stabilität und kognitive Funktionen. Alarmierend ist, dass 44,3 Prozent der ukrainischen Wissenschaftler:innen unter mittleren bis schweren Angstzuständen leiden (Grafik 2 auf S. 21) – das sind mehr als vor dem Krieg und auch mehr als während der Corona-Pandemie (Suchikova et al, 2024).

Eine zentrale Rolle für die Verschlimmerung von Burnouts und Angstzuständen unter ukrainischen Wissenschaftler:innen hat die Erfahrung der Flucht gespielt. Fluchtmigration mag zwar physische Sicherheit bringen, sie bringt aber auch tiefgreifende psychologische und berufliche Instabilitäten. So berichten beispielsweise Wissenschaftler:innen, die ins Ausland gegangen sind, von stärkeren Erschöpfungszuständen, Schwierigkeiten bei der Integration in ausländische akademische Systeme und Unsicherheit darüber, ob sie jemals nach Hause zurückkehren werden.

Ähnliches gilt für innerhalb des Landes vertriebene Wissenschaftler:innen. Sie berichten von einem signifikanten Rückgang ihrer beruflichen Leistungsfähigkeit, von gestiegener Jobunsicherheit und gestiegenem Stress, da viele Universitäten mit finanzieller Instabilität und rückläufigen Immatrikulationszahlen zu kämpfen haben (Tsybuliak et al., 2024; Suchikova et al., 2024). Insgesamt berichten die innerhalb der Ukraine oder ins Ausland vertriebenen Wissenschaftler:innen von einem signifikant höheren Stresslevel als die am selben Ort verbliebenen.

Ein weiteres interessantes Ergebnis ist, dass Untersuchungen vor dem Krieg für weibliche Wissenschaftlerinnen stets ein höheres Maß an Angstzuständen zeigen als für die männlichen Kollegen: aufgrund höheren Drucks auf die Work-Life-Balance und unsicheren Karriereaussichten. Die Daten nach 2022 zeigen hier allerdings eine deutliche Umkehr: Männliche Wissenschaftler haben nun stärkere Symptome von Angstzuständen als ihre weiblichen Kolleginnen (Suchikova et al., 2024). Diese Wende gründet vermutlich in den gestiegenen gesellschaftlichen Erwartungen an Männer, in der Armee zu dienen oder als Versorger aufzutreten, und auf die ständige Gefahr der Mobilisierung, die viele in konstante Unsicherheit versetzt.

Das höchste Maß an Angstzuständen zeigt sich bei jungen Akademiker:innen unter 35 Jahren, bedingt

vor allem durch Jobinstabilität, eine prekäre finanzielle Situation und Unsicherheit über langfristige Berufsaussichten in einem Land, in dem weiterhin Krieg herrscht. Ältere Wissenschaftler:innen sind von unsicheren Berufsaussichten etwas weniger betroffen, erfahren aber deutlichen Stress in Bezug auf das Überleben ihrer Institutionen und die Zukunft der Hochschulen in der Ukraine. Insgesamt hat der Krieg die Unsicherheit über Karriereaussichten verstärkt.

Burnout und Angstzustände sind außerdem eng verbunden mit der steigenden Zahl an Wissenschaftler:innen, die über einen Berufsausstieg nachdenken (Suchikova et al., 2024). Dieser Trend offenbart eine existentielle Krise des ukrainischen Hochschulsystems: Ungelöste Burnouts und Angstzustände sind nicht nur individuelle Herausforderungen; sie bedrohen unmittelbar die Nachhaltigkeit der akademischen Arbeitswelt. Werden Aspekte wie psychische Gesundheit, Jobunsicherheit und institutionelle Instabilitäten weiter ignoriert, riskiert die Ukraine einen Massenexodus an ihren Fakultäten und damit einen Braindrain verheerenden Ausmaßes, der den Forschungs- und Bildungssektor um Generationen zurückwerfen könnte.

Dringender Bedarf an institutionellen Hilfsangeboten zur Förderung der psychischen Gesundheit

Der Krieg verändert sämtliche Aspekte des akademischen Lebens in der Ukraine. Dabei wird die psychische Gesundheitskrise des wissenschaftlichen Personals, die eine der schwersten Herausforderungen ist, oft übersehen. Angesichts der enormen Belastung durch Vertreibung, finanzielle Instabilität und andauernde Traumata ist institutionelle Unterstützung entscheidender als je zuvor. Bisher schaffen es die Universitäten jedoch kaum, adäquate Ressourcen bereitzustellen.

Unsere Befragung hat ergeben, dass fast 90 Prozent des wissenschaftlichen Personals der Ukraine Unterstützungsangebote im Bereich psychische Gesundheit für »wichtig« oder »sehr wichtig« halten. Nur 24,2 Prozent stufen die Kultur ihrer Institution im Umgang mit psychischer Gesundheit als »hoch« ein, 37,1 Prozent bewerten sie als »niedrig«. Dieser starke Kontrast zeigt, dass sich die Universitäten schwer damit tun, psychische Gesundheit adäquat zu priorisieren. Eine der drängendsten Herausforderungen ist die mangelnde Verfügbarkeit von Angeboten im Bereich psychische Gesundheit. Über 39 Prozent der Befragten bewerten den Zugang zu solcher Unterstützung als »niedrig« oder »sehr niedrig«, 23,5 Prozent geben an, dass ihre Institutionen gar keine Programme im Bereich psychische Gesundheit anbieten (Grafik 3 auf S. 21). Die Untersuchung ergibt außerdem, dass ein größeres Unterstützungsangebot im Bereich der psychischen Gesundheit mit einer geringeren Neigung der Wissenschaftler:innen korreliert, den akademischen Bereich zu verlassen. Das zeigt wiederum, dass das wissenschaftliche Personal in der gegenwärtigen Krise durch gezielte Interventionen im wissenschaftlichen Sektor gehalten werden kann (Tsybuliak u. a., 2025).

Neben der Verfügbarkeit von Angeboten spielt auch die institutionelle Kultur im Umgang mit psychischer Gesundheit eine entscheidende Rolle für die Bindung an Fakultäten. Die Daten zeigen, dass ein aktiver Umgang mit psychischer Gesundheit, etwa eine offene Thematisierung von psychischer Gesundheit sowie aktive Unterstützungsangebote, dazu beiträgt, dass Berufswechsel seltener angestrebt werden. Die Ergebnisse zeigen somit, wie wichtig es ist, eine Umgebung zu schaffen, in der sich das akademische Personal wertgeschätzt und unterstützt fühlt, statt isoliert.

Was hilft? Unter den Bedingungen des Kriegs sind eindeutig nicht alle Interventionen ähnlich effektiv. Die bloße Anerkennung der Bedeutung von psychischer Gesundheit hält die Wissenschaftler:innen nicht davon ab, ein Verlassen der Wissenschaft zu erwägen. Bewirken konnte dies laut den erhobenen Daten dagegen der Zugang zu spezifischen Programmen zur Unterstützung der psychischen Gesundheit. Am wirksamsten könnten dem Wunsch, sich aus der Wissenschaft zu verabschieden, Werkzeuge zur Selbsthilfe entgegenwirken. Diese sind flexible und individuell unabhängig einsetzbare Methoden, über die das wissenschaftliche Personal Strategien zur Unterstützung der psychischen Gesundheit in seine täglichen Routinen integrieren kann, ohne starre institutionelle Strukturen berücksichtigen zu müssen. Mit diesen Werkzeugen können Angestellte Selbsthilfepraxen selbständig und im eigenen Tempo anwenden, unabhängig von institutioneller Vermittlung und ohne weitere Termine in bereits überladene Kalender zu bekommen - ein grundlegender Faktor in einer krisenhaften und von Unsicherheit, Arbeitsüberlastung und emotionaler Übermüdung geprägten Umwelt. Traditionelle Programme zur Unterstützung von psychischer Gesundheit, etwa Beratungen und Apps auf mobilen Geräten, erwiesen sich dagegen als weniger effektiv (Tsybuliak u. a., 2025).

Interventionen müssen unbedingt gendersensibel sein und die institutionelle Kultur berücksichtigen. Männliche Akademiker, die derzeit aufgrund der gesellschaftlichen Erwartungen rund um Einberufung und finanzielle Verantwortung ein höheres Angstniveau melden, profitieren wahrscheinlich am stärksten von anonymen und selbstangeleiteten Angeboten, die die Stigmatisierung reduzieren, die mit der Inanspruchnahme von Hilfsangeboten häufig einhergeht – besonders in kulturellen Kontexten, in denen emotionale Verwundbarkeit unter Männern nicht erwünscht ist. Akademikerinnen –

die nach wie vor eine erhöhte emotionale Erschöpfung erleben – nehmen vermutlich stärker strukturierte Peer-Support-Programme und moderierte Dialoge zur psychischen Gesundheit an, die auf die Förderung von Verbindungen und gegenseitiger Bestätigung innerhalb der Community ausgerichtet sind.

Entscheidend für den Erfolg sämtlicher Initiativen zur Förderung der psychischen Gesundheit ist außerdem die Gesamtkultur der Institution. Wird das Thema psychische Gesundheit offen anerkannt, entstigmatisiert und in die universitäre Praxis integriert, steigt die Chance, dass Wissenschaftler:innen Unterstützungssysteme nutzen. Werden Aspekte von psychischer Gesundheit dagegen heruntergespielt oder weiter tabuisiert, bleiben womöglich auch gut konzipierte Maßnahmen ungenutzt. Die Institutionen müssen daher evidenzbasierte Strategien priorisieren, die den psychosozialen und kulturellen Realitäten ihrer akademischen Communities entsprechen, die für diese leicht zugänglich und unabhängig einsetzbar sind und die ihr Vertrauen und Zugehörigkeitsgefühl befördern.

Nationale Reformen und institutionelle Herausforderungen: Fortschritt oder ungenutztes Potenzial?

Auf den steigenden Druck auf den ukrainischen Hochschulsektor reagieren jüngst verabschiedete nationale Reformen mit einer verbesserten Unterstützung im Bereich psychische Gesundheit und mit besseren Arbeitsbedingungen für wissenschaftliche Angestellte. Das Gesetz »Zur Unterstützung des wissenschaftlichen Arbeitens an Hochschulen« von 2024 soll das ukrainische Hochschulsystem modernisieren. So soll die jährliche Lehrtätigkeit auf 400 bis 500 Stunden gesenkt werden und 30 Prozent der wissenschaftlichen Arbeitszeit soll für Forschung vorgesehen sein (Werchowna Rada, 2024). In 2025 wurde außerdem das »Gesetz über das System zur psychischen Gesundheitsfürsorge« verabschiedet, das verlangt, dass Arbeitgeber:innen Programme zur Unterstützung der psychischen Gesundheit am Arbeitsplatz einführen (Werchowna Rada, 2025). Es zeigt die wachsende Anerkennung der Tatsache, dass psychische Gesundheit von grundlegender Bedeutung für Widerstandsfähigkeit und Produktivität ist, besonders in Kriegszeiten.

Diese Reformen sind ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Ihre Umsetzung bringt allerdings große Herausforderungen mit sich – vor allem bedingt durch den Krieg. Für die Universitäten, die ohnehin schon mit beschädigter Infrastruktur, finanzieller Unsicherheit und Personalmangel zu kämpfen haben, wird es angesichts der kriegsbedingt begrenzten finanziellen und personellen Ressourcen schwer sein, die Veränderungen zu realisieren. So ist etwa die Reform zur Reduzierung der Lehrstunden zwar eine gutgemeinte Maßnahme, die

angesichts nicht vorhandener finanzieller Mittel allerdings zur rein formalen Anpassung zu werden droht. Es kann also passieren, dass Wissenschaftler:innen trotz Stundenreduzierungen den gleichen Lehrumfang übernehmen müssen, einfach weil niemand anderes da ist, um die Lehre zu übernehmen. Im Ergebnis werden die Belastungen also nicht geringer, sondern nur verdeckt. Das untergräbt das Ziel der Reform und verschlimmert potenziell den Stress. Damit die Reformen die Widerstandsfähigkeit nicht untergraben, sondern stärken, müssen die Universitäten einen doppelten Ansatz verfolgen. Zum einen brauchen sie eine angemessene Finanzierung und Ressourcen für eine effektive Umsetzung des Politikwechsels, um sicherzustellen, dass nach einer formalen Reduzierung der Arbeitslast die Belastung nicht einfach auf die begrenzte Anzahl der verbliebenen Fakultätsmitglieder verteilt wird. Zum anderen müssen die Institutionen unmittelbare Bedürfnisse der Fakultätsmitglieder priorisieren und ihnen sowohl niedrigschwellige Ressourcen zur Förderung der psychischen Gesundheit anbieten als auch Peer-Support-Programme und offene Diskussionen über Herausforderungen am Arbeitsplatz. Die Schaffung einer Kultur des Vertrauens, der Transparenz und geteilter Verantwortung wird von grundlegender Bedeutung sein für die Zurückgewinnung wissenschaftlicher Talente und den Erhalt der Hochschulbildung trotz der Krise.

Ohne sinnvolle Maßnahmen laufen auch die fortschrittlichsten Reformen Gefahr, zu unerfüllten Versprechen zu werden, die weder die wachsende psychische Gesundheitskrise noch die wachsende Instabilität der Wissenschaft in der Ukraine aufhalten können.

Veränderung in den Köpfen, nicht nur in Institutionen: warum psychische Gesundheit eine Priorität sein muss

Schon vor dem Krieg war die ukrainische Wissenschaft eine äußerst stressgeladene Umgebung, aufgrund von enormem Arbeitsvolumen, finanziellen Unsicherheiten und chronischer Unterfinanzierung. Russlands Vollinvasion hat diese Belastungen nicht nur verstärkt, sondern dem wissenschaftlichen Beruf in der Ukraine neue Herausforderungen gebracht, die seine langfristige Nachhaltigkeit bedrohen. Das wirft eine drängende Frage auf: Was wird von der Wissenschaftslandschaft in der Nachkriegsukraine übrig sein? Werden nicht sofort Maßnahmen ergriffen, riskiert das Land eine Massenabwanderung von wissenschaftlichem Personal und in der Folge einen verheerenden Verlust an intellektuellem Kapital, der das Hochschulsystem um Jahrzehnte zurückwerfen könnte.

Universitäten sind mehr als bloße Bauten aus Stein und Zement – sie leben durch die Menschen, die in ihnen wirken. Die physische Zerstörung der Universitätsgebäude ist sichtbar und gut dokumentiert, die psychische Gesundheitskrise innerhalb ihrer Fakultäten hingegen spielt sich größtenteils im Verborgenen ab. Burnout, Angstzustände und langanhaltender Stress hinterlassen keine zersplitterten Fensterscheiben und keine zertrümmerten Hörsäle. Ihre Folgen können aber genauso verheerend sein: wegbrechende Motivation, nachlassende Produktivität und die Abwanderung qualifizierter Wissenschaftler:innen in andere Berufen.

Ein Wiederaufbau der Hochschulen erfordert daher mehr als die Instandsetzung zerstörter Infrastruktur. Jene Wissenschaftler:innen, die das System am Laufen halten, müssen geschützt und unterstützt werden. Universitäten und Entscheidungsträger:innen in der Politik müssen psychische Gesundheit priorisieren – nicht nur zugunsten des individuellen Wohlergehens, sondern als strategische Notwendigkeit, um akademische Talente zu binden und eine erfolgreiche Erholung der ukrainischen Wissenschaften nach dem Krieg abzusichern. Unter Bedingungen des anhaltenden Stresses in Kriegszeiten dauert Erholung länger und es ist unrealistisch zu erwarten, dass Fakultäten ohne Unterstützung der psychischen Gesundheit und Zeit für Heilungsprozesse auf Vorkriegsniveau funktionieren werden. Werden diese schwierigen Themen nicht angegangen, wird das Hochschulsystem der Ukraine weiter geschwächt und im globalen Wettbewerb zurückfallen.

Über die Autorinnen

Dr. *Natalia Tsybuliak* ist Psychologin und Associate Professor an der Staatlichen Pädagogischen Universität Berdjansk. Ihre Forschungsfelder sind psychische Gesundheit und inklusive Bildung. Außerdem ist sie Gastforscherin beim UNET-Programm am Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS) in Berlin.

Prof. Dr. Yana Suchikova ist Vize-Rektorin für Forschung an der Staatlichen Pädagogischen Universität Berdjansk. Ihre Forschung konzentriert sich auf das akademische Potenzial und die Qualität von Bildung.

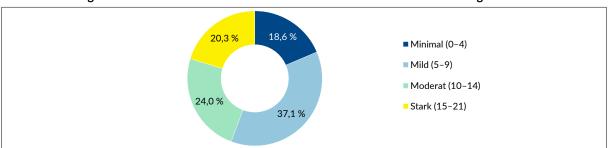
Lesetipps

- Blyznyuk, T., Sobakar, M. (2024). "Risks in volunteer activities during the war in Ukraine", Ukrainian Journal of Applied Economics and Technology, 9(2), S. 39–42. https://doi.org/10.36887/2415-8453-2024-2-6.
- Catanzaro, M. (2025). "These Gaza scientists are keeping research alive amid war, destruction and uncertainty", Nature, 638(8051), S. 587–588. https://doi.org/10.1038/d41586-025-00160-w.
- Hammoudi Halat, D., Soltani, A., Dalli, R., Alsarraj, L., Malki, A. (2023). "Understanding and fostering mental health and well-being among university faculty: A narrative review", Journal of Clinical Medicine, 12(13), 4425. https://doi.org/10.3390/jcm12134425.
- Kurapov, A., Pavlenko, V., Drozdov, A., Korchakova, N., Pavlova, I. (2024). "Impact of war on Ukrainian university students and personnel: Repeated cross-sectional study", Journal of Loss and Trauma, S. 1–17. https://doi.org/10.1080/15325024.2024.2433990.
- OsvitataNauka.(2024,March11). Thenumberoffirst-yearstudentsin2024decreasedby80,000: Analysisoftrendsinhigher education. https://www.oin.com.ua/kilkist-studentiv-pershokursnykiv-u-2024-roczi-zmenshylasya-na-80-tysyach/.
- Suchikova, Y., Kolomiiets, U., Popova, A., Lopatina, H., Tsybuliak, N. (2024). "Calm me down, or I'll leave: anxiety and institutional support among Ukrainian academic staff during wartime", BMC Public Health, 24, 3483. https://doi.org/10.1186/s12889-024-21040-4.
- Tsybuliak, N., Lopatina, H., Shevchenko, L., Popova, A., Suchikova, Y. (2024). "Burnout and migration of Ukrainian university academic staff during the war", SAGE Open, 14(3). https://doi.org/10.1177/2158244024127913.
- Tsybuliak, N., Suchikova, Y., Shevchenko, L. et al. (2023). "Burnout dynamic among Ukrainian academic staff during the war", Scientific Reports, 13, 17975. https://doi.org/10.1038/s41598-023-45229-6.
- Tsybuliak, N., Vakhitov, V., Mytsyk, H., Lopatina, H., Nesterenko, M., Polulyakhov, A., Petrushenko, Y. (2025). "Time to act: Institutional mental health support for Ukrainian academic staff during wartime", Problems and Perspectives in Management, 23(2-si), S. 7–23. https://doi.org/10.21511/ppm.23(2-si).2025.02.
- United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization (UNESCO) (2024). Analysis of war damage
 to the Ukrainian science sector and its consequences. Paris: UNESCO. https://unesdoc.unesco.org/ark:/48223/
 pf0000388803.
- Werchowna Rada (2024). "Law on amendments to certain laws of Ukraine regarding the support of scientific work
 in higher education institutions", Pressestelle der Werchowna Rada der Ukraine. https://www.rada.gov.ua/news/razom/250490.html.
- Werchowna Rada (15. Januar 2025). "Law of Ukraine on the Mental Health Care System (No. 4223-IX)". https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/4223-20#Text.

Grafik 1: Burnout-Faktoren bei ukrainischen Wissenschaftler:innen während des Krieges 2002 2003 Emotionale Erschöpfung 61,42 % Männer Frauen 70 % 70 % 60 % 60 % 35,67 % 33,33 % 32,26 % 30,99 % 50 % 50 % 24,36 % 25,89 % 19,35 % 40 % 40 % 30 % 30 % 20 % 20 % 10 % 10 % 0 % 0 % Niedrig Mittel Hoch Niedrig Mittel Hoch Depersonalisierung Männer Frauen 70 % 70 % 50,23 % 45,16% 42,69 % 41,52 % 41,12% 60 % 60 % 32,48 % 32,49 % 29,03% 50 % 50 % 26,40 % 25,81 40 % 40 % 17,29 % 15,79 % 30 % 30 % 20 % 20 % 10 % 10 % 0 % 0 % Mittel Mittel Niedrig Hoch Niedrig Hoch Persönliche Leistung Männer Frauen 50,23 % 70 % 70 % 46,19% 60 % 60 % 32,26 % 29,03% 50 % 50 % 40 % 40 % 30 % 30 % 20 % 20 % 10 % 10 % 0 % 0 % Niedrig Mittel Hoch Niedrig Mittel Hoch

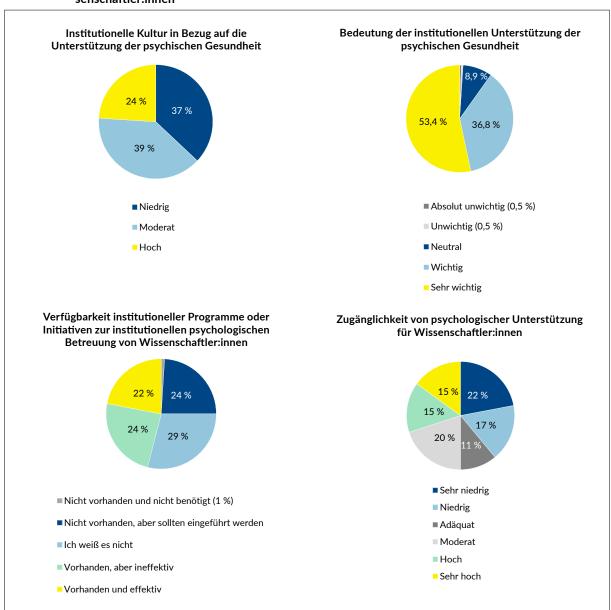
Quelle: Tsybuliak et al. (2025).

Grafik 2: Angstzustände unter ukrainischen Wissenschaftler:innen während des Krieges



Quelle: Tsybuliak et al. (2025).

Grafik 3: Wahrnehmung institutioneller Unterstützung für psychische Gesundheit unter ukrainischen Wissenschaftler:innen



Quelle: Tsybuliak et al. (2025).

org/copyright)

Beschädigte und zerstörte Universitäten

Karte 1: Durch den russisch-ukrainischen Krieg zerstörte Universitäten in der Ukraine (Stand: 17.06.2025) Stadt 0 2 Kyjiw Tschernihiw Wolyn 0 Ukraine insgesamt: 4 0 Schytomy Riwne Sumy 403 Chmel-Kyjiw Charkiw 0 nyzkyj Luhansk Poltawa 0 Winnyzja Terno Tscherkaşy Kirowohrad Dnipropetrowsk pil Donezl Quelle: Interakti-Transve Website des Bil-Tscherniwzi Saporischschja Iwanokarpatien dungsministeriums Frankiwsk saveschools.in.ua, Stand: 17.06.2025. Cherson Karte erstellt in QGIS von der Forschungsstelle Osteuropa, Geoda-AR ten: Openstreet-Krim Stadt map (https://www. Sewastopol openstreetmap.

Karte 2: Durch den russisch-ukrainischen Krieg beschädigte Universitäten in der Ukraine (Stand: 17.06.2025)



Hinweis auf die Online-Chronik

Der aktuelle Teil sowie die gesamte Chronik seit 2006 zur Ukraine befinden sich auf der Seite der Ukraine-Analysen (http://www.laender-analysen.de/ukraine-analysen/) unter dem Reiter »Chronik« oder direkt unter diesem Link https://laender-analysen.de/ukraine-analysen/chronik?c=ukraine&i=1. Sie wird regelmäßig um neue Einträge ergänzt und möglichst aktuell gehalten.

Leser:innen der Chronik und allen Interessierten empfehlen wir sowohl von den Filterfunktionen unserer Webseite als auch dem reichen Angebot der Chroniken zu Russland, Belarus und Polen Gebrauch zu machen, um z. B. Ereignisse wie dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine besser verfolgen zu können. Aktuell ist die Suche innerhalb der Chronik leider nur mit buchstabengenauen Stichworten möglich. Daher bitten wir alle Nutzer:innen auf die Schreibweise zu achten und ggf. mehrere Stichworte bei der Suche zu prüfen.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf frei im Internet zugänglichen Quellen. Die Redaktion der Ukraine-Analysen kann keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Die Redaktion der Ukraine-Analysen

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. Deutsches Polen-Institut Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS) qGmbH

Redaktion:

Dr. Eduard Klein (verantwortlich) Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Kseniia Gatskova, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg Prof. Dr. Guido Hausmann, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg Dr. Susan Stewart, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin Dr. Cindy Wittke, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg Dr. Susann Worschech, Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/O.

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1862-555X © 2025 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Deutsches Polen-Institut, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZoiS) gGmbH Forschungsstelle Osteuropa - Länder-Analysen - Klagenfurter Str. 8 - 28359 Bremen - Telefon: +49 421-218-69600 - Telefax: +49 421-218-69607 e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: http://www.laender-analysen.de/ukraine/









































Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen



Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa, Osteuropa und Zentralasien. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Die Belarus-Analysen erscheinen fünf bis sechs Mal pro Jahr. Abonnement unter: https://laender-analysen.de/abonnement/

Belarus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: sechs Mal pro Jahr Abonnement unter: https://css.ethz.ch/en/publications/belarus-analytical-digest/newsletter-service-belarus-a

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich Abonnement unter: http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html

Moldovan Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: vierteljährlich Abonnement unter: https://css.ethz.ch/en/publications/moldovan-analytical-digest/newsletter-service-moldovan-analytical-digest.html

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause an jedem ersten und dritten Mittwoch im Monat. Abonnement unter: http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat. Abonnement unter: https://laender-analysen.de/abonnement/

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich Abonnement unter: http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html

Ukrainian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich Abonnement unter: http://www.css.ethz.ch/en/publications/uad.html

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat. Abonnement unter: https://laender-analysen.de/abonnement/

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen erscheinen sechs Mal pro Jahr. Abonnement unter: https://laender-analysen.de/abonnement/